



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Dr. Martin Huber, Michaela Kaniber, Alexander König, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

### **Binnengrenzkontrollen verlängern – Besserer Schutz der EU-Außengrenzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Binnengrenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich über Mai 2018 hinaus verlängert werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin auf Bundes- und Europaebene für den Schutz der Außen- und Binnengrenzen einzusetzen, um auch die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

#### **Begründung:**

Die europäischen Außengrenzen sind bis heute nicht ausreichend gesichert. Es gibt Länder, die nicht fähig oder gewillt sind, ihre Außengrenzen ordentlich zu schützen. Um dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis vieler Menschen gerecht zu werden und um die Bevölkerung zu schützen, bedarf es neben einem wirksamen Schutz der Außengrenzen daher auch weiterhin der wieder eingeführten Binnengrenzkontrollen.

Auf die Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze kann aus Sicherheitsgründen nicht verzichtet werden, solange der Schutz der EU-Außengrenzen nicht gewährleistet ist. Neben Schleusern und anderen Schwermisdern können sich auch Terroristen die „Sicherheitslücken“ zu Nutzen machen. Die Binnengrenzkontrollen müssen über Mai 2018 hinaus verlängert werden.

Der EU-Außengrenzschutz muss dringend verbessert und auch die Europäische Grenz- und Küstenwache FRONTEX weiter verstärkt werden.

Eine verantwortungsbewusste Migrationspolitik muss die Verpflichtung, die EU-Grenzen zu sichern und damit illegale Migration in die EU zu verhindern, mit der humanitären Verpflichtung, den an den Grenzen in Seenot geratenen Menschen zu helfen, in Einklang bringen.